

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Jahresspreis 12.00.

Abdruckkosten für Anzeigen aus Fern- und Ausland 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige. Kassenpreis 10 Pfennige, auswärts 12 Pfennige. Anzeigen für den 1. Jahrgang, amtliche Zeit 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 237

Sonnabend, den 8. Oktober 1932

27. Jahrgang

Neue Wirtschaftspläne der Regierung

Vermehrung der öffentlichen Aufträge — Reichskommissar für die subventionierten Betriebe

Berlin, 6. Oktober. Die in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts wird nunmehr am morgigen Freitag stattfinden. Es wird sich in erster Linie um die Frage der Einbeziehung des sogenannten Berede-Plans in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung handeln. Dieser Plan, der vor längerer Zeit veröffentlicht wurde, sieht die Inanspruchnahme großer öffentlicher Arbeiten durch die Gemeinden und die Finanzierung dieser Arbeiten durch einen Vorkauf auf künftige Steuerleistungen vor. Der Plan ist inzwischen von den Abteilungen der Reichsregierung gründlich durchgearbeitet worden, und es haben sich dabei, wie man hört, insbesondere im Finanzministerium und bei der Reichsbank erhebliche Bedenken gegen seine restlose Durchführung herausgestellt, obgleich das Reichskabinett voraussichtlich zunächst nur einen Teilausschnitt aus diesem Plan in sein eigenes Programm aufnehmen dürfte.

In der morgigen Kabinettsitzung wird ferner die Frage der subventionierten Betriebe geregelt werden, und man nimmt an, daß der Berliner Bankier von Plotow zum Reichskommissar für die subventionierten Betriebe ernannt werden wird.

Der Berede-Plan sieht in seiner ursprünglichen Fassung vor, daß die Gemeinden ermächtigt werden, bei ihren Sparkassen Vorläufe auf die Gemeindefeuereingänge der Jahre ab 1934 aufzunehmen. Die Gemeinden würden auf diese Weise also Kredite von den Sparkassen erhalten und als Sicherheit einen Teil ihrer künftigen Steuereingänge den Sparkassen zur Verfügung zu stellen. Die so erlangten Kredite sollen vollständig zur Vergebung öffentlicher Aufträge an die Industrie dienen und dazu beitragen, noch im Laufe des Winters einen großen Teil Arbeitsloser zu beschäftigen.

Der Grundsatz, künftige Steuereinnahmen zu bevorzugen, entspricht dem Vorgehen des Reiches, das ja in den Steuervergütungen ein ganz ähnliches System angewandt hat. Trotzdem waren vom Reichsfinanzministerium und von der Reichsbank starke Bedenken geltend gemacht worden vor allem, weil es schwerlich ist, Verzinsung der von den Sparkassen an die Gemeinden gegebenen Kredite genau zu regeln, und weil der Gesamtbetrag, bis zu dem die Gemeinden Kredite aufnehmen dürfen, begrenzt werden muß.

In dem ursprünglichen Berede-Plan war vorgesehen, daß zunächst eine Rate von 500 Millionen Mark als Steuerzuschuß den Gemeinden für die Vergebung von Aufträgen zuzuführen sollte. Nach der inzwischen vorgenommenen Umwandlung des Planes wird vorläufig nur ein Teil dieses Betrages bereitgestellt werden. In dieser veränderten und gemilderten Form dürfte aber das ganze Projekt wohl schon in der nächsten Woche auf dem Ver-

ordnungswege zur Erweiterung des jetzigen Arbeitsbeschaffungsprogramms in Kraft gesetzt werden.

Nachprüfung der hohen Gehälter

Berlin, 6. Oktober. Von zuständiger Stelle wird die Meldung eines Berliner Mittagsblattes bestätigt, daß der Witinhaber des Bankhauses Harb u. Co., Bankier v. Plotow, im Auftrag der Reichsregierung die Lage der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. an Ort und Stelle nachgeprüft hat und so in diesem Zusammenhang auch eine Nachprüfung der Spitzengehälter in Gelsenkirchener Konzern auf Grund der letzten Rotverordnung erfolgt ist. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß diese Nachprüfung der Spitzengehälter zum ersten Male bei Gelsenkirchener durchgeführt wird und daß daran auch entsprechend den Bestimmungen der Rotverordnung die Nachprüfung der Spitzengehälter in anderen Großkonzernen sich anschließen werde. Wie in diesem Zusammenhang verlautet, steht die Ernennung des Reichskommissars für die subventionierten Betriebe unmittelbar bevor.

Der Anteil Sachsens am Arbeitsbeschaffungsprogramm

Dresden, 6. Oktober. Der Sachbearbeiter, Ministerialrat Hoppe, berichtete heute über den Anteil Sachsens an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches. Dem Ministerpräsidenten ist es gelungen, einen einigermaßen befriedigenden Anteil für Sachsen zu erhalten. So sollen Mittel zu Arbeitsbeschaffungsarbeiten bei Post, Wasser, Köhlschroder, Meuselwitz und Gohlsis zur Verfügung gestellt werden. Im Meißner Osten sollen die Kaimauern wieder hergestellt werden. Hierin werden insbesondere die Amtshauptmannschaften Großenhain, Rammes, Bauen und Löbau profitieren. Für den Ausbau der Staatsstraßen soll Sachsen 9 Millionen erhalten, die insbesondere zum Ausbau der Fernstraßenverbindungen dienen sollen. Für die schwarz-gelben Straßen der Bezirksverbände sollen zwei Millionen zur Verfügung gestellt werden. Zwei weitere Millionen sollen dem Ausbau der Durchgangsstraßen der bezirksfreien Städte dienen. Ferner hofft man die erforderlichen Mittel zu erhalten, um die Seitenbachalsperre bis zum August 1933 fertigstellen zu können. In Freital soll die Weiseritz reguliert und Freital selbst kanalisiert werden. Weitere Mittel sollen für die Landesgasfernversorgung genehmigt werden. Ueber einige weitere Projekte, die sich in der Hauptsache auf Flussregulierungen beziehen, wird noch verhandelt. Ueber die Durchführung der Reparationen soll der freiwillige Arbeitsdienst herangezogen werden.

stand müsse geschaffen und der alte gestärkt werden. Aufhebung der aus der Erbschaft Brünnings übernommenen sozialpolitischen Härten, insbesondere auf dem Gebiete der Rentenkürzung sei dringend notwendig. Die Unterstützung des Kurses der Regierung Papen bedeutet keine Blankowollmacht. Es komme auf den Einfluss an, den die Deutschnationalen derjenigen Bestreivung, die sie vertreten, verschaffen könnten. In diesem Wahlkampf stehe die DNVP als die einzige Parteibewegung da, die die bisherigen Stürme überstanden habe und in der Lage sei, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in einer für die Zukunft der Nation notwendigen Form durchzuführen. Die Deutschnationalen gingen ihren geraden Weg. Sie lehnten jede unklare Bindung und jede Vermischung ihrer Ziele ab. Aber sie öffneten die Tore weit für alle diejenigen, die sich mit ihnen zu gleichen Zielen verbunden fühlten. Gegenüber den Versuchen der Nationalsozialisten, den Kampf der Deutschnationalen durch planmäßige Züderung ihrer Versammlungen zu behindern, sei gesagt, daß die Deutschnationalen sich auch gegenüber diesen durchsichtigen Absichten durchzusetzen wissen würden. Wir scheuen diesen Kampf nicht, der uns aufgezwungen wird. Die DNVP — so schloß Dr. Hugenberg — geht in diesen Wahlkampf mit dem Willen, ihre historische Mission zu erfüllen und mit dem Glauben an die Kraft ihrer Idee.

Verchiebung der Londoner Fünferkonferenz

Paris, 6. Oktober. Der englische Botschafter hat heute nachmittag Ministerpräsident Herriot mitgeteilt, daß das Datum der Einberufung der geplanten Londoner Konferenz verschoben worden sei. Die Verhandlung hierüber werde zwischen London und Paris in freundschaftlichem Geiste fortgesetzt.

Die englischen Konferenzbemühungen gehen weiter

Berlin, 6. Oktober. Wie das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, hat der englische Geschäftsträger heute abend im Auswärtigen Amt erneut einen Besuch gemacht. Die Besprechung drehte sich natürlich um die Frage der Londoner Konferenz, über die in den letzten 24 Stunden sehr viele widersprechende Nachrichten in der Presse erschienen sind. — Von unterrichteter Seite wird festgestellt, daß eine Veränderung der Situation durch den Besuch nicht eingetreten ist. Es besteht aber stark der Eindruck, daß die Engländer den Gedanken der Londoner Konferenz im engen Kreise noch keineswegs aufgegeben haben, sondern sich bemühen, doch noch etwas zustande zu bringen. Vom deutschen Standpunkt aus ist dazu lediglich festzustellen, daß wir weiter abwarten müssen, ob die englischen Bemühungen Erfolg haben. Das ist in erster Linie eine Frage, die zwischen England und Frankreich zu klären ist.

Rundgebung des Stahlhelms zur Reichstagswahl

Berlin, 6. Oktober. Die Bundesführer des Stahlhelms haben eine Rundgebung zur bevorstehenden Reichstagswahl erlassen, in der es heißt:

„Der Stahlhelm wird nach wie vor keine Bindungen mit einzelnen Parteien eingehen. Die Richtung seines Kampfes wird durch seine großen unveränderlichen Ziele bestimmt: Starke Staatsführung unabhängig von Parteien, bedingungslose Wehrvothelt, Neuaufbau des Reiches, Eingliederung aller Deutschen in Erzeugung und Genuß des Volksvermögens, Eigentum für jeden Deutschen. Hiernach muß sich jeder Stahlhelmkamerad schlüssig werden, welcher Partei er seine Stimme zu geben hat.“

Schwere Saalkschlacht in einer deutschnationalen Versammlung

Berlin, 6. Oktober. Bei der ersten öffentlichen Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in der „Neuen Welt“ kam es heute zu einer schweren Saalkschlacht. Schon zu Beginn der Versammlung bei den Begrüßungsworten von Stadtrat Steinhoff bemerkte man unter den Besuchern eine sehr große Anzahl von Nationalsozialisten, die durch Zwischenrufe zu hören versuchten. Kurz nach Beginn der Ausführungen des Vizepräsidenten Graef rief ein Teilnehmer der Rundgebung: „Hände aus den Taschen!“ Als der Leiter der Versammlung den Zwischenrufer feststellen lassen wollte, erhob sich ein allgemeiner Tumult. Es

Hugenbergs Programm

Tagung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei

Berlin, 6. Oktober. Der Parteivorstand der DNVP und eine Reichsführertagung der Deutschnationalen trat am Donnerstag in den Räumen des preußischen Landtages zusammen.

Geheimrat Dr. Hugenberg führte in seiner Ansprache u. a. aus, wir hätten heute in anderen Formen abermals einen Kampf gegen einen zweiten Young-Plan zu führen. Dies sei der Kampf um die Regelung der privaten Auslandsschulden, die die ausgefaugte deutsche Wirtschaft einfach nicht mehr tragen könne. Er schilderte dann das Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Wenn die Nationalsozialisten jetzt die Schwelung zum reinen Sozialismus mitmachten, dann müßten sie daran zerbrecen. Die Entwicklung dürfe nicht wieder zurück zum Parlamentarismus gehen. Die Mittelparteien hätten die letzten Jahre nicht verstanden und damit ihren eigenen Untergang, aber auch die Bedeutungslosigkeit des Bürgertums verschuldet. Dem neuen Kabinett gegenüber hätten die Deutschnationalen den Standpunkt eingenommen, daß es nach seinen Taten beurteilt würde. Abgesehen davon, daß zum ersten Mal ein Kabinett ohne schwarz-rote Mitwirkung zustande gekommen sei, habe die Regierung Papen das Verdienst, Preußen vom Margismus befreit zu haben, und zwar ohne Bürgerkrieg. Das hindere nicht, zu

betonen, daß viele unerfüllte Wünsche und mancher Grund zur Besorgnis vorhanden seien. Die politische Konjunktur sei heute eine ganz andere als 1918. Heute sei es möglich, daß auf die Krise ein Aufschwung folge, damit aber auch eine Abkehr vom Radikalismus. Diese Entwicklung schließe die Gefahr des Wiederernehmens in den Opportunismus und den Gang zum Vorkriegsstand mit dem Parlamentarismus ein. Die Regierung dürfe nicht zögern, unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die noch unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs gelöst werden müßten, vor allem eine durchgreifende Wirtschaftsreform und die Verfassungsreform. Auch andere Aufgaben, wie die Erneuerung des Beamtentums und die Sanierung der Landwirtschaft wären noch durchzuführen, wenn auch der grundsätzliche Übergang zum Kontingenzsystem ein großer Schritt vorwärts sei. Das Problem der Schuldenregelung müsse durch einen autonomen Schritt der Regierung angepaßt werden. Hier sei nicht mit Lohnmaßnahmen weiterzukommen. Die Sozialisierungspolitik Brünnings, wie sie durch die dauernden Subventionen großer Betriebe gefördert sei, müsse schleunigst wieder gut gemacht werden. Dieser notwendigen Entsozialisierung ständen gleich die notwendigen Reformarbeiten auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Ein neuer Mittel-